

"Währungsgewinne weitergeben ?"

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Gemäss "Schätzungen" unbekannter Herkunft sollen den Konsumenten und Unternehmen gemäss Presseberichten jährlich zwischen CHF 10 Mrd. und CHF 20 Mrd. verloren gehen, weil die Währungsgewinne von Herstellern und Zwischenhändlern nicht weitergegeben würden. Diese CHF 15 Mrd. entsprechen rund 5% des nominellen Privatkonsums 2010 von CHF 317 Mrd., bzw. 2.7% des Bruttosozialproduktes. Bezogen auf die Gesamtimporte von CHF 174 Mrd. errechnet sich ein "Währungsgewinn" von 8.5%. Deshalb fordern die Linke und sogar bürgerliche Parteiexponenten eine staatliche Regelung der Importpreise, damit die vermuteten Währungsgewinne den Konsumenten zugutekommen. Staatliche Preisregulierungen sind ein massiver Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit und sind deshalb abzulehnen. Dass selbst vermeintlich bürgerliche Bundesräte, wie Volkswirtschaftsminister Schneider-Ammann, diesem Ansinnen der vereinigten Linken aufgesessen sind, verwundert schon etwas. Offensichtlich wurden die Folgen solcher Massnahmen nicht zu Ende gedacht. Erzwungene Preisreduktionen wirken sich in vielfacher Weise auf unsere Volkswirtschaft aus:

1. Vorerst sei festgestellt, dass der **Konsumentenpreisindex vom Juli 2011 bereits Preiserosionen** anzeigt, auch wenn ein Teil dieser Preissenkungen auf temporäre Ausverkäufe zurückzuführen ist. Ferner ist zu bedenken, dass viele Importeure und Detailhändler noch auf Waren sitzen, die sie zu wesentlich höheren Wechselkursen eingekauft haben. Währungsschwankungen wirken sich nicht nur auf die Exporte, sondern auch auf die Importpreise erst mit Verzögerung aus. Es ist somit durchaus wahrscheinlich, dass günstigere Importe mit zunehmender Konkurrenz im Inland und abflachender Konjunktur nach und nach zu stärkere Preisreduktionen für Importware führen werden. Wenn jedoch die ausländischen Produzenten ihre Exportpreise in die Schweiz erhöhen, dann fallen die Währungsgewinne im Ausland an und es stehen der Schweiz keine Instrumente zur Verfügung, Preise dieser ausländischen Gesellschaften zu regulieren.

Im Juli ist der Konsumentenpreisindex innert Monatsfrist um 0.8% gefallen. Massive monatliche Preisrückgänge verzeichneten insbesondere Textilien (bis 25%) und Schuhe (bis 11%), aber auch Produkte wie Fernseher (-5%) oder Heizöl (-4%). Seit Jahresbeginn beträgt der Indexrückgang 0.3%. Dazu beigetragen haben vor allem die Preisnachlässe für Bekleidung und Schuhe (-12.7%), Freizeit und Kultur (-2.5%), Hausrat (-1.8%), Nahrungsmittel (-1%). Preistreibend waren die Erdölprodukte (+4.6%), die Restaurant- und Hotelpreise (+1.6%) und die öffentlichen Dienstleistungen (+0.7%). Die administrierten Preise, die immerhin 21% des Konsumentenpreisindex ausmachen, verteuerten sich um 0.8%, die Mieten mit 19% Indexgewicht um 0.7%. Die Preise der Importgüter fielen um 2.7%, jene der Inlandgüter um 0.2%.

2. Sinken die Preise für Importgüter massiv, dann entsteht zusätzlicher Wettbewerbsdruck für das **heimische Gewerbe und die Hersteller von mit den Importen vergleichbaren Gütern**. Damit werden zusätzlich jene Sektoren ins Elend getrieben, die bisher noch Beschäftigung und Steuereinnahmen sicherten. Am starken Franken oder an den Problemen der Exportwirtschaft ändert sich durch erzwungene Preisnachlässe auf Importgütern nichts.

3. Sinkende Preise im geforderten Ausmass von über 5% (Importgüter mit 26.6% Indexgewicht sollen gemäss der Stiftung für Konsumentenschutz sofort um 20% gesenkt werden) können eine **Deflation** auslösen. Deshalb hat ja die SNB bereits bei einem Euro-Kurs von CHF 1.45 milliardenweise Euros gekauft, um eine Preis/Lohnspirale nach unten zu verhindern. In der Schweiz wirkt sich ein sinkender Konsumentenpreisindex besonders ungünstig aus, weil sehr viele andere Preise davon abhängen. So stellt sich beispielsweise die Frage der Anpassung der **AHV-Renten oder der Alimenten** an eine negative Teuerung. Und letztlich wird ein sinkender Konsumentenpreisindex keine **Lohnerhöhungen** aus Teuerungsgründen mehr zulassen. Es stellt sich sogar die Frage, ob die Löhne an eine negative Teuerung angepasst werden müssen. Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das mit 0.5% Teuerung im Juli eine Inflation unter 1% aufweist. Bleibt der Index auf dem heutigen Niveau bis Ende 2012 unverändert, dann resultiert 2011 eine Inflation von 0.3%, im nächsten Jahr eine Deflation von 0.4%.

4. Eine tiefe oder eine negative Teuerung führt in der Regel auch zu **tiefe Zinsen**, was zwar für die Schuldner ein Segen ist. Aber gleichzeitig wird das Ertragspotential der Pensionskassen, der Lebensversicherungen und der privaten Sparguthaben geschmälert. Der Umwandlungssatz der Pensionskassen (Rente in Prozent des Alterskapitals) beinhaltet jedoch eine fixe Annahme eines jährlichen Ertrages (technischer Zinssatz) der je nach Kasse bei ca. 3.5% bis über 4%. In der Ansparphase muss die Pensionskasse den Versicherten zudem einen vom Bundesrat jährlich festgelegten Mindestzins gewähren. Für 2011 wurde dieser auf 2% festgelegt. Bis zum 8. August resultierten jedoch für die Pensionskassen je nach Risikofreudigkeit (25% bis 60% Aktienanteil, ohne Liegenschaften) Verluste von 6.2% bis 16.4% statt ein 7-Monats-Sollertrag von 2.5% bis 3%. Der Deckungsgrad vieler Kassen wird somit wieder massiv absinken. Jene, die am wenigsten zur Banken- und Staatsfinanzkrise beigetragen haben, werden somit am stärksten unter den tiefen Zinsen zu leiden haben. Tiefe Zinsen verleiten zu Investitionen mit geringer Produktivität, was volkswirtschaftlich betrachtet, nicht sinnvoll ist. Steigen die Zinsen eines Tages wieder, dann stehen solche Unternehmen rasch vor dem Aus. Tiefere Zinsen auf Kapitalanlagen bedeuten auch tiefere Steuereinnahmen. Wenn auf den über CHF 700 Mrd. Spar-, Depositen und übrigen Verpflichtungen gegenüber Kunden nur schon 0.1% weniger Zinserträge resultieren, bedeutet dies CHF 700 Mio. weniger steuerbares Einkommen und damit zum Verrechnungssteuersatz von 35% gerechnet eben auch **CHF 245 Mio. weniger Steuererträge**.

5. Wenn es tatsächlich zutrifft, dass ausländische Produzenten, Schweizer Importeure, der Zwischen- und Detailhandel Währungsgewinne in Höhe von CHF 15 Mrd. abbekommen, dann gilt es Folgendes zu beachten. Würde es sich bei diesen abgeschöpften Währungsgewinnen um "reine Gewinne" handeln, dann würde daraus ein **Steuerertrag von über CHF 2 Mrd.** resultieren. Dazu kommen CHF 15 Mrd. Umsatz, der wiederum **Mehrwertsteuererträge (8%) von rund CHF 1.2 Mrd.** abwirft. Ein grosser Teil der vermeintlichen oder echten Währungsgewinne versickert somit beim Staat. Diese Erträge würden bei einer Durchsetzung der Währungsweitergabe an die Konsumenten inskünftig entfallen. Wahrscheinlich wird sich dann die Linke wiederum wundern, warum ihnen niemand gesagt hat, dass tiefere Preise auch zu tieferen Mehrwertsteuereinnahmen führen. Und der Bundesrat sollte sich heute schon überlegen, wie er diese Steuerausfälle kompensieren will. 10.8.2011